

21.02.2013

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
- Drucksache 16/1400 -

2. Lesung

### **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)**

Einzelplan 14 - Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

**Berichterstatlerin**

Abgeordnete Eva Lux SPD

### **Beschlussempfehlung**

Der Entwurf des Einzelplans 14 wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 21.02.2013/Ausgegeben: 25.02.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



## Bericht

### **A Beratungsergebnis der Fachausschüsse**

Der Entwurf des Einzelplans 14 wurde vom

- Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

beraten. Zu den Beratungen lag mit der Vorlage 16/419 der Erläuterungsband zum Einzelplan 14 vor.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk hat den Einzelplan 14 in seiner Sitzung am 20. Februar 2013 abschließend beraten und abgestimmt. Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der Einzelplan 14 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP sowie der PIRATEN-Fraktion angenommen.

### **B Beratungsergebnisse der Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses**

Die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 14 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 16/522.

### **C Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss**

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratungen des Personaletats im Unterausschuss "Personal" ist der Vorlage 16/600 zu entnehmen. Der Unterausschuss „Personal“ hat den personalrelevanten Teilen des Einzelplans 14 in seiner Sitzung am 29. Januar 2013 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN-Fraktion zugestimmt. Änderungsanträge lagen zu den Schlussberatungen des Unterausschusses „Personal“ nicht vor.

Der Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ hat sich in seiner Sitzung am 30. Januar 2013 mit den Landesbetrieben des Einzelplans 14 abschließend befasst:

- Geologischer Dienst Nordrhein-Westfalen - Landesbetrieb -, Kapitel 14 830
- Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen, Kapitel 14 840
- Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen, Kapitel 14 850.

Das Ergebnis der Beratungen im Unterausschuss ist in Vorlage 16/601 dargestellt. Der Zuständigkeitsbereich des Unterausschusses wurde mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN-Fraktion unverändert angenommen.

Die Beratungen zu diesem Bereich des Haushalts im Haushalts- und Finanzausschuss sind in dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2013 - Drucksache 16/2100 - dargestellt.



**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
1	CDU	<p><b>Kapitel 14 010      Ministerium</b> <b>Titel 422 01        Personalausgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"><b>2013</b></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;"><b>2012</b></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>8.870.800</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">17.462.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>600.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>8.270.800</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Durch eine Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes kann auf die in §15 TVgG vorgesehene Prüfbehörde verzichtet werden. Der Personalansatz ist entsprechend zu reduzieren.</p>	<b>2013</b>			<b>2012</b>	von	8.870.800	Euro	17.462.300 Euro	um	600.000	Euro		auf	8.270.800	Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
<b>2013</b>			<b>2012</b>																										
von	8.870.800	Euro	17.462.300 Euro																										
um	600.000	Euro																											
auf	8.270.800	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
2	PIRATEN	<p><b>Kapitel</b>                    <b>14 730</b>  <b>Titel</b>                        <b>xxx xx</b>  <b>Titelbezeichnung</b>    <b>Breitbandausbauförderung</b></p> <p>Einrichtung eines neuen Titels</p> <p><b>2013</b>  von                            7.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Für die Umsetzung der Breitbandstrategie des Landes (50 Mbit/s für alle Haushalte bis 2018) bedarf es größerer Anstrengungen bei der <b>Förderung des Breitbandausbaus</b> seitens der Landesregierung.</p> <p><u>Gesellschaftliche Bedeutung von Breitband-Internet:</u> Ein Breitbandanschluss gehört heutzutage zur öffentlichen Daseinsvorsorge und sichert Bürger/innen gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig ergeben sich beim Breitbandausbau positive Effekte für den Wirtschaftsstandort und eine schleichende Abwanderung von Unternehmen aus dem ländlichen Raum kann entgegengewirkt werden.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD            nein  CDU            nein  GRÜNE        nein  FDP            nein  PIRATEN        ja</p>

		<p><u>Grundproblematik:</u> Kommerzielle Anbieter unterlassen oftmals den Breitbandausbau im ländlichen Raum. Um diesem Marktversagen entgegenzuwirken muss das Land mehr Mittel zur Verfügung stellen, um sowohl eine Breitband-Grundversorgung für alle Bürger/innen sicherzustellen als auch den langfristigen Ausbau von schnellen Glasfasernetzen zu fördern.</p> <p><u>Situationsanalyse:</u> In Nordrhein-Westfalen sind im ländlichen Raum 8,3 Prozent der Haushalte von einer Breitband-Grundversorgung nach Definition der Landesregierung (mindestens 2 Mbit/s) abgeschnitten. Bei einer Definition der Grundversorgung von mindestens 6 Mbit/s sind bereits 23,5 Prozent der Haushalte nicht abgedeckt. Schnelles Internet mit mehr als 50 Mbit/s steht im ländlichen Raum nur 33,4 Prozent der Haushalte zu Verfügung.</p> <p><u>Handlungsbedarf:</u> Mit der derzeitigen Höhe der Fördermittel werden die Ausbauziele nicht erreicht. Eine Aufstockung der Mittel ist daher nötig. Durch diesen neuen Haushaltsposten soll sichergestellt werden, dass das Wirtschaftsministerium eine vergleichbare Breitbandförderung durchführt wie es bereits über die Töpfe des Landwirtschaftsministeriums geschieht. Durch die Ansiedlung im Haushalt des Wirtschaftsministeriums wird sichergestellt, dass Synergieeffekte (Anschluss von Gewerbegebieten, simultaner Ausbau im halbstädtischen Raum) genutzt werden können, was bei Förderprogrammen für den ländlichen Raum nicht der Fall ist.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14  
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
3	CDU	<p><b>Kapitel 14 750      Bergbau und Energie</b> <b>Titel 683 20        Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2013</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>2012</b></td> </tr> <tr> <td>von 358.400.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">347.400.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 19.887.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 338.513.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Auf Basis der zwischen Bund, Land NRW und der RAG AG abgestimmten vorläufigen Abrechnung für das Jahr 2012 wurden Ende Januar 2013 gerundet 338.513.000 Euro ausgezahlt. Mit Blick auf die etatisierten Mittel 2013 in Höhe von 358.400.000 EUR ergeben sich Minderausgaben von 19.887.000 Euro.</p>	<b>2013</b>	<b>2012</b>	von 358.400.000 Euro	347.400.000 Euro	um 19.887.000 Euro		auf 338.513.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
<b>2013</b>	<b>2012</b>																				
von 358.400.000 Euro	347.400.000 Euro																				
um 19.887.000 Euro																					
auf 338.513.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	ja																				